Es ist zuerst eine Katastrophe nötig, bis die Politik handelt

Was die niederländischen Deiche mit den schweizerischen Banken gemein haben

Monika Bütler

NZZ am Sonntag, 10. Oktober 2010

Am 1. Februar 1953 wurden grosse Teile der Niederlande von einer Sturmflut heimgesucht. Etwa 2000 Menschen starben und die Wirtschaftsleistung grosser Landstriche wurde weitgehend zerstört. Ausgelöst wurde die Flutkatastrophe durch unglückliche klimatische Umstände und den schlechten Zustand vieler Deiche im Mündungsgebiet der drei Flüsse Rhein, Maas und Schelde.

Die Probleme mit den Deichen waren allerdings schon lange vor der Flut bekannt. Ein Bericht der nationalen Strassen- und Wasserbehörde "Rijkswaterstaat" warnte bereits in den 30-er Jahren, dass die Sicherheit der Niederlande im Falle grosser Stürme nicht gewährleistet sei. Doch es schien den Entscheidungsträgern zu teuer und zu schwierig, neue Deiche zu bauen oder alte zu verstärken. So blieben dichtbewohnte Gebiete im Deltagebiet ungeschützt. Erst die Katastrophe von 1953 löste das Bewusstsein aus, dass mit einer Sanierung nicht mehr zugewartet werden konnte. 20 Tage nach der Katastrophe berief die niederländische Regierung eine Kommission ein, welche einen Plan zur nachhaltigen Erhöhung der Sicherung des Deltagebiets ausarbeiten sollte.

Die von der Deltakommission vorgeschlagene totale Eindeichung der Flüsse im Mündungsgebiet fand keine ungeteilte Zustimmung. Widerstand regte sich insbesondere dagegen, dass das einzigartige Salzwassermilieu in der Oosterschelde der erhöhten Sicherheit geopfert würde. Unter der Eindeichung würde die Umgebung genau so leiden wie die Fischpopulation. Nach zähen Verhandlungen war ein alternativer Vorschlag bereit: Der Oosterscheldedamm wurde mit einer Anzahl von Schleusen realisiert, die nur bei extremen Wasserständen geschlossen werden mussten und so die wertvollen Biotope intakt liessen.

Die Schweiz muss sich nicht gegen Sturmfluten wappnen. Doch der Finanzplatz ist für unser Land in ähnlicher Weise Wohlstandsquelle und Bedrohung wie das Meer es für die Niederlande war. Ohne Schutzmassnahmen gegen die finanziellen Folgen von Bankenkrisen leben die Schweizer Steuerzahler sozusagen unter dem Meeresspiegel.

Eine Kombination von ungenügender Vorsorge und ungünstiger weltwirtschaftlicher Grosswetterlage erschütterte in den letzten Jahren den Schweizerischen Finanzplatz. (Nicht nur) Experten wussten schon lange von der ungenügenden Kapitalisierung, insbesondere der Grossbanken. Nur das beherzte Eingreifen von Bund und SNB konnte die materiellen Schäden des Sturms in Grenzen halten. (Wie gross die volkswirtschaftlichen Kosten einer Bankenkrise sein können, zeigen Irland oder Island.)

Zu den niederländischen Deichen gibt es weitere Parallelen: In beiden Fällen war eine Katastrophe nötig, bis die Politik wirksame Massnahmen vorschlug. Dies ist verständlich zumal die Gefahr der Verdrängung in der menschlichen Natur liegt und die Abschätzung der Gefahren schwierig ist. Die regulatorischen Deiche müssen nicht primär gegen periodisch wiederkehrende Winterstürme halten, sondern Schutz vor grossen Krisen bieten. Über die Wahrscheinlichkeit einer (finanziellen) Sturmflut wissen wir nur, dass sie möglich ist.

Die ersten unter Schock vorgeschlagenen Massnahmen sind nicht immer die besten, doch werden unter dem Eindruck der Krise kreative Kräfte mobilisiert. So hätte eine vollständige Eindeichung in den Niederlanden einmalige Biotope zerstört. Auch eine Zerschlagung der Banken hätte wohl negative Auswirkungen auf den Werkplatz Schweiz. Mit den ausfahrbaren Schleusen an der Oosterschelde wurde technisch ebenso Neuland betreten wie regulatorisch mit den bedingten Pflichtwandelanleihen für die Banken. Hoffen wir, dass sich dieses ausfahrbare Eigenkapital so bewährt wie die Schleusen.

Das Wichtigste bleibt, dass die neuen Vorschläge ohne Verwässerung schnell umgesetzt werden. Dann endlich können die Schweizer Steuerzahler das tun, was den Niederländern schon lange möglich ist: "lekker slapen".

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und Direktorin des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung.